B-1 Sondierungspapier "Mehr gemeinsam, mehr Berlin"

Gremium:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	17.10.2026
Tagesordnungspunkt:	2. Wahlauswertung und mögliche Koalitionsgespräche

MEHR GEMEINSAM,
MEHR BERLIN

Die Linke
Landesverband Berlin

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
LANDESVERBAND BERLIN

SPD
BERLIN

Mehr gemeinsam, mehr Berlin.

Sondierungsergebnis der Landesverbände Berlin der Linken, Bündnis 90 / Grüne und SPD vom 17. Oktober 2026

1. **Mieter:innen schützen, bezahlbar bauen und wohnen**
2. **Klimagerechte Stadt und Mobilität für alle gestalten**
3. **Wirtschafts- und Innovationsmetropole mit guten Arbeitsbedingungen**
4. **Eine Stadt, in der Familien gerne leben**
5. **Ein Berlin, das sicher funktioniert**
6. **Willkommensstadt und Ort des gesellschaftlichen Zusammenhalts**
7. **Solide Finanzen und Zukunftsinvestitionen**

Mehr gemeinsam, mehr Berlin.

Das Wahlergebnis hat gezeigt: Berlin will einen Neuanfang. Und Berlins Neuanfang entscheidet sich darüber, was im Alltag der Menschen besser wird. Daran werden wir uns als Linke, Grüne und SPD messen lassen. Wir sind uns der Aufgabe bewusst und wissen, dass es viele Erwartungen an uns gibt. Wir nehmen diese Verantwortung an, für ein Berlin, das wir zusammen mit den Menschen in unserer Stadt gestalten. Wir bringen unterschiedliche Perspektiven mit, wir verbinden unsere Erfahrungen und Stärken. Und wir haben ein Ziel: Berlin als eine bezahlbare, klimagerechte, wirtschaftsstarke und freie Metropole mutig in die Zukunft zu entwickeln.

Wir stellen in den Mittelpunkt, was wir gemeinsam erreichen können, nicht die Unterschiede zwischen unseren Parteien. Gerade jetzt braucht es eine verbindende Politik, die die Menschen zusammenbringt, die gesellschaftliche Spaltungen überwindet und die Gemeinschaft stärkt. Dafür wollen wir Politik transparent, nah an den Menschen und im Dialog mit der Stadtgesellschaft gestalten und den Berliner:innen wieder Grund für Zuversicht in ihrer lebenswerten Stadt geben.

Unsere vielfältige Demokratie braucht Hoffnung und Zutrauen. Berlin ist eine Stadt der Freiheit, und in ihr leben die verschiedensten Biografien, Sprachen und Überzeugungen eng beieinander. Hier können wir zeigen, dass ein gutes

Zusammenleben möglich ist: mit gleichen Rechten, mit Respekt und Teilhabe, in Würde für alle.

Die Aufgabe, die wir uns geben, ist ambitioniert und verlangt Mut. Wir wollen spürbare Lösungen, die im Alltag der Menschen ankommen. Wer nur verwaltet, was ist, gewinnt niemanden für das, was möglich wäre.

Wir wollen ein Berlin, das genau für diese Hoffnung steht. Damit sich unsere Stadt nachhaltig entwickelt, damit ein gutes Leben auch in Zukunft möglich bleibt, damit die Mieten und der Alltag bezahlbar werden, und damit unsere Stadt weiter Anziehungspunkt für Talente und Ideen aus aller Welt bleibt. Wir wollen ein Berlin, das neue Arbeitsplätze schafft, für gute Löhne steht, ein Berlin mit mehr Bäumen, sauberen Parks, U-Bahnen und Straßen, verlässlicher und sicherer Mobilität.

Wir wollen gemeinsam zeigen, dass Berlin als Hauptstadt ein Vorbild für eine innovative, nachhaltige und soziale Metropole sein kann, die die Menschen und ihre Bedarfe in den Mittelpunkt stellt. Auf Berlin muss Verlass sein. Besonders in Zeiten von inneren und äußeren Gefahren, wirtschaftlichen Umbrüchen sowie zunehmender Hitze und Wasserknappheit tragen wir die Verantwortung dafür, dass unsere Kinder und künftige Generationen ein gutes und sicheres Leben führen können.

Berlin ist das Werk seiner Menschen. Ob hier geboren oder zugezogen, mit oder ohne Migrationsgeschichte, ob Innen- oder Außenbezirke, Ost oder West, schon länger hier oder erst noch ankommend: Mit unserem Leben, unserer Arbeit, unseren Ideen und in unserem Alltag gestalten wir unsere Stadt.

Wir arbeiten für ein Berlin, in dem alle sich frei entfalten und Neues beginnen können. An einem Berlin, das ein sicherer Ort für alle ist, an einer weltoffenen Stadt, die den Menschen den Rücken stärkt und deren Zukunft wir gemeinsam gestalten.

Mehr gemeinsam, mehr Berlin.

1. Mieter:innen schützen, bezahlbar bauen und wohnen

Die Wohnungspolitik ist die zentrale Herausforderung für die Stadt. Wir wollen alle geeigneten Maßnahmen umsetzen, um für bezahlbares Wohnen in Berlin zu

sorgen. Die drei Parteien sind sich einig, dass die Lösung der Wohnungskrise die entscheidende soziale Frage der Zukunft ist. Zur Lösung dieser Herausforderung vereinbaren die drei Parteien einen Maßnahmenmix aus Neubau, Durchsetzung von Recht und Ordnung auf dem Wohnungsmarkt sowie der Deckelung von Mietpreisen. Unsere Kieze gestalten wir so, dass Menschen dort gut leben können – mit Schulen und Kitas, verlässlichen Verkehrsverbindungen und grünen Orten, die auch an heißen Tagen Erholung bieten.

Bauen

In Berlin fehlen zehntausende bezahlbare Wohnungen. Deshalb wollen wir den Wohnungsneubau im niedrigen und mittleren Preissegment mit höchster Priorität voranbringen. Wir wollen von 2026 bis 2031 100.000 Baugenehmigungen erreichen, diese sollen in 100.000 neue Wohnungen münden. Die Koalition vereinbart das größte Neubauprogramm für bezahlbares Wohnen im kommunalen, genossenschaftlichen und privaten Segment seit der Wiedervereinigung. Baugenehmigungen bringen wir schnell in die Umsetzung. Wohnungsbaupotenziale werden wir konsequent nutzen und neue erschließen, etwa durch Bauen im Bestand, die Überbauung unterausgenutzter Grundstücke und den Umbau von leerstehenden Büros. Dazu prüfen wir die Einrichtung einer Umbauagentur. Wir wollen den Abriss intakter Wohngebäude verhindern. Durch klare ökologische Leitlinien und verbindliche Standards streben wir an, bis 2030 das Ziel der Netto-Null-Versiegelung zu erreichen. Das Berliner Klimaanpassungsgesetz und die EU-Verordnung zur Wiederherstellung der Natur unterstützen uns bei diesem Ziel.

Mindestens die Hälfte des Neubaus soll durch landeseigene Wohnungsunternehmen und gemeinwohlorientierte Akteure erfolgen. Dazu werden wir ein öffentliches Wohnungsbauprogramm starten. Neue Stadtquartiere bringen wir mit verbindlichen Zeitplänen voran. Begonnene Bebauungsplanverfahren bringen wir zügig zum Abschluss, über strittige B-Pläne entscheiden wir schnell. Auf landeseigenen Grundstücken wollen wir bis zu 25 Prozent genossenschaftlichen Wohnungsbau ermöglichen.

Auch das Engagement privater Bauherren wollen wir unterstützen, damit mehr bezahlbare Wohnungen geschaffen werden. Dafür entwickeln wir unter anderem das Modell der kooperativen Baulandentwicklung durch eine Erhöhung des

Anteils mietpreisgebundener Wohnungen auf 50 Prozent weiter. Mit der Wohnungsbauförderung werden wir den Bau von Sozialwohnungen weiter fördern. Die Zusammenarbeit mit den Berliner Bezirken wird verbessert. Die personelle Ausstattung der Bau- und Planungsbehörden berücksichtigen wir im Rahmen des Ausgabepfads.

Soweit möglich soll das geplante Bundesprogramm mit einer Bundesgarantie und dem Einsatz vorgefertigten Bauens für ca. 5.000 Wohneinheiten im Jahr in Berlin eingesetzt werden.

Für die Beschleunigung des Neubauprogramms wird die Koalition rechtliche Rahmenbedingungen ausschöpfen, auch durch Genehmigungsfiktionen und weitere Digitalisierung und Standardisierung.

Bei Bauspekulations-Ruinen bedeutender Größe (Beispiel Steglitzer Kreisel) werden wir alle Möglichkeiten nutzen, um die Nichttätigkeit auf Baustellen zu sanktionieren und den öffentlichen Raum freizuräumen. Eine Fertigstellung wird oft erst nach einem Insolvenzverfahren möglich sein. Da Bauruinen eine missbräuchliche Nutzung von Eigentumsrechten darstellen, werden wir Möglichkeiten der Eigentumsübertragung nutzen.

Recht und Ordnung auf dem Wohnungsmarkt

Wir leiten einen Paradigmenwechsel ein und machen künftig den Schutz vor rechtswidrigen Vermietungspraktiken zu einer aktiven öffentlichen Aufgabe. Mieter:innen sollen sich darauf verlassen können, dass staatliche Stellen Rechtsverstöße konsequent aufklären, verfolgen und ahnden.

Es wird im Jahr 2027 eine neue Verwaltungseinheit (Mietenaufsicht) für den Schutz von Mieterinnen und Mietern in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung aufgebaut und deren Weiterentwicklung zu einem Landesamt geprüft. Die Mietenaufsicht wird das Mieten- und Wohnungskataster ab 2028 nutzbar machen. Sie wird zudem für die Verfolgung von Mietpreisüberhöhungen (§ 5 WiStG) zuständig sein und die Bezirke insbesondere bei der Ahndung von Verstößen von möblierten Wohnungen auf Zeit, illegalen Ferienwohnungen sowie bei der Einsetzung von Treuhändern unterstützen. Das notwendige Personal wird zur Verfügung gestellt. Wir integrieren die bestehende

Mietpreisprüfstelle in die Mietenaufsicht. Wir stärken die Verfolgung von Mietwucher mit einer neuen Schwerpunktabteilung bei der Staatsanwaltschaft, die im Rahmen einer Ermittlungsgruppe mit der Mietenaufsicht zusammenarbeitet. Zusätzliche Personalbedarfe werden im Rahmen des Ausgabepfads berücksichtigt.

Innerhalb eines Jahres wird die gesetzliche Grundlage für eine verbindliche WBS-Quote für Bestandswohnungen sowie Instandhaltungsrücklagen großer Vermieter eingeführt (Wohnraumbewirtschaftungsgesetz).

Mietsteigerungen bei den landeseigenen Wohnungsunternehmen (LWU) werden auf maximal 2 Prozent pro Jahr begrenzt (Mietendeckel). Das Leistbarkeitsversprechen wird evaluiert, ggf. angepasst und es werden Wege geprüft, wie mehr Mieterinnen und Mieter davon profitieren können. Die Investitionsfähigkeit der LWU wird gewährleistet.

Mieter:innenschutz

Ergänzend werden wir Mieter:innen aktiv dabei unterstützen, sich gegen Rechtsverstöße von Vermietern zur Wehr zu setzen. Dazu werden wir die kostenfreien Mieterberatungen unter dem Dach der Mietenaufsicht in allen Bezirken im Rahmen der verfügbaren Mittel weiterentwickeln und Hausgemeinschaften und Nachbarschaften dabei unterstützen, gemeinsam gegen Rechtsverstöße vorzugehen und für bessere Wohnbedingungen einzutreten.

In Berlin sind über 60.000 Menschen wohnungslos. Daher wollen wir auch bei der Bekämpfung von Wohnungslosigkeit einen Paradigmenwechsel vollziehen, in dem die sozialpolitische Unterstützung fortgeführt, aber durch ambitionierte wohnungspolitische Maßnahmen ergänzt wird. Wir streben an, die Berechnung der angemessenen Wohnkosten in der Grundsicherung so anzupassen, dass sie die Realität des Mietmarktes besser abbildet und Betroffenen echten Zugang zu Wohnraum garantiert. Unser Ziel ist, Wohnungslosigkeit frühzeitig zu verhindern und wohnungslosen Menschen dauerhaft ein eigenes Zuhause zu ermöglichen. Wir streben an, bis zum Ende der Legislaturperiode einen Großteil der wohnungslosen Menschen, insbesondere Familien mit Kindern, Frauen und Care-Leaver, in eigenem Wohnraum unterzubringen. Housing First wollen wir

zum zentralen Leitmotiv unserer Wohnungslosenpolitik machen. Wir prüfen die Errichtung eines Landesbetriebs zur Unterbringung von Wohnungslosen und Geflüchteten und der stationären Kinder- und Jugendhilfe.

Stadtentwicklung

Berlin wächst. Wir gestalten dieses Wachstum so, dass es die Lebensqualität verbessert und den Zusammenhalt stärkt. In bestehenden Quartieren und Großwohnsiedlungen verbessern wir die soziale Infrastruktur und schaffen Raum für Begegnung, Nahversorgung und lebendige Nachbarschaften. Neue Stadtquartiere entwickeln wir von Anfang an mit Schulen, Kitas und anderer sozialer Infrastruktur sowie mit Grünflächen und einer leistungsfähigen öffentlichen Verkehrsanbindung, die wir parallel mitplanen und rechtzeitig bereitstellen.

Wir machen Berlin grüner, kühler und widerstandsfähiger gegen die Folgen des Klimawandels. Dafür verbinden wir Entsiegelung, Baumschutz und Regenwasserrückhalt und handeln zuerst dort, wo sich soziale und Umweltbelastungen besonders konzentrieren. Straßen, Plätze und Parks gestalten wir barrierefrei, sicher und zugänglich für alle. Die unterschiedlichen Bedürfnisse der Menschen machen wir zum verbindlichen Maßstab unserer Stadtplanung.

Vergesellschaftung

Die drei Parteien sind sich einig, dass die Anwendung von Artikel 15 Grundgesetz ein Beitrag zum Ausbau des kommunalen Wohnungsbestands und zur Überwindung der Krise auf dem Wohnungsmarkt ist.

Mitte 2028 wird auf Basis eines 2027 festgelegten Finanzierungskonzeptes ein Gesetz zur Überführung von Wohnimmobilien in Gemeineigentum dem Abgeordnetenhaus zur Verabschiedung vorgelegt. Das Gesetz tritt in Bezug auf die Überführung der Bestände erst ein Jahr nach Verkündung in Kraft.

Wir werden bei der Umsetzung des Volksentscheids die Vorarbeiten einbeziehen. Die Anwendung gilt bei privaten Unternehmen ab 10.000 Wohnungen. Es gilt ein Selbstbehalt von 10.000 Wohnungen. Genossenschaften und gemeinwohlorientierte Akteure werden ausgenommen. Wohnungen, die nach dem 1.1.2021 errichtet worden sind oder errichtet werden, sind ebenfalls ausgenommen. Eine Enteignung nach Artikel 14 GG wird ausgeschlossen.

Der Träger der Vergesellschaftung stellt die gemeinwirtschaftliche Bewirtschaftung und umfassende Mitbestimmung der Mieterinnen und Mieter sicher. Für den Aufbau der Organisation erhält der Träger eine Eigenkapitalzuführung. Die Entschädigungssumme wird bei 16 Mrd. Euro unter der Maßgabe gedeckelt, dass die fiskalische Tragfähigkeit gewährleistet wird. Dies muss auch für den Fall der Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen im Zeitverlauf gewährleistet werden.

Die durchschnittliche Eingangsmiete für die überführten Mietwohnungen wird nicht höher liegen als die durchschnittliche Miete in der bisherigen Eigentümergesellschaft zum Zeitpunkt der Eigentumsübertragung. Die Mieten in den Beständen richten sich grundsätzlich nach den Vorgaben der Kooperationsvereinbarung des Landes Berlin mit seinen landeseigenen Wohnungsunternehmen.

Im Rahmen der Gesetzesformulierung sind fiskalische Risiken für den Haushalt des Landes Berlin sowie rechtliche Risiken zu minimieren bzw. auszuschließen.

Neben der Vergesellschaftung wollen wir weitere Instrumente ausloten, um schnell und rechtssicher den kommunalen Wohnungsbestand zu erhöhen.

2. Klimagerechte Stadt und Mobilität für alle gestalten

Wir wollen unsere Stadt zu einer Vorreiterin der klimagerechten Modernisierung machen, gemeinsam mit allen Berliner:innen. Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit sind für uns zwei Seiten derselben Medaille. Nur wenn wir jetzt auf Klimaschutz und Klimaanpassung setzen, ist Berlin auch auf Dauer bezahlbar, lebenswert und unabhängig.

Klimaneutralität

Berlin soll so schnell wie möglich klimaneutral werden. Wir halten am Zielpfad des Berliner Klimaschutz- und Energiewendegesetzes fest und unterlegen ihn mit verbindlichen Zielen für die Sektoren Gebäude, Verkehr, Energie und Wirtschaft. Ein regelmäßiges, unabhängig begleitetes Monitoring macht Fortschritte und Lücken transparent; wo Ziele verfehlt werden, steuert der Senat verbindlich nach. Das Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm schreiben wir ambitioniert fort. Die öffentliche Hand geht voran: Landeseigene Unternehmen werden auf Basis des Klimapaktes im Rahmen des bestehenden Investitionspfades zum Vorbild beim Klimaschutz. Klimaschutz gestalten wir sozial gerecht, damit gerade Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen von der Transformation profitieren und nicht überfordert werden.

Klimaanpassung

Die Folgen der Klimakrise sind längst spürbar und sie treffen nicht alle gleich. Wer in dicht bebauten Vierteln mit wenig Grün, in schlecht gedämmten Wohnungen oder unter dem Dach lebt, leidet besonders unter der Hitze. Ältere Menschen, Kinder, chronisch Kranke und Menschen mit geringem Einkommen sind am stärksten betroffen und haben oft die geringsten Möglichkeiten, sich zu schützen. Wir werden das Klimaanpassungsgesetz im Rahmen des im Sondervermögen aufgeführten Volumens umsetzen. Die Bezirke werden wir für die Umsetzung dieser Aufgabe befähigen. Dabei setzen wir Schwerpunkte dort, wo Hitze, Lärm, Luftbelastung und soziale Belastungen zusammenkommen, damit gutes Stadtklima kein Privileg einzelner Kieze bleibt. Bei Bau- und Sanierungsmaßnahmen sind bestehende Bäume vorrangig zu erhalten. Wir halten am Charakter des Tempelhofer Feldes fest und schließen eine Randbebauung aus. Mit den Berliner Forsten machen wir den Berliner Wald

klimafest, gestalten ihn naturnah und erhalten ihn als Erholungswald. Der Wald hat für uns auch einen Wert an sich.

Wasser

Besonders kostbar ist das Wasser. Es ist eine der wichtigsten Lebensgrundlagen unserer Stadt. Berlin gewinnt sein Trinkwasser fast vollständig aus dem eigenen Grundwasser. Gemeinsam mit den Berliner Wasserbetrieben schützen wir es dauerhaft. Ihr Auftrag wird um die Aufgaben eines integrierten Wasserressourcenmanagements erweitert. Wir wollen eine klimaresiliente Wasserinfrastruktur und eine nachhaltige Wasserbewirtschaftung. Dazu gehört, Regenwasser in der Stadt zu halten, Flächen zu entsiegeln und Berlin konsequent zur Schwammstadt weiterzuentwickeln.

Energie und Recycling

Damit Berlin dauerhaft klimaneutral wird und die Menschen unabhängig von Gas, Kohle und Holz werden, setzen wir auf eine Wärmewende hin zu erneuerbaren Energien. Sie ist für uns zentrale Aufgabe der Daseinsvorsorge und zugleich Motor für Wertschöpfung, Handwerk und gute Arbeit in Berlin. Wir setzen die kommunale Wärmeplanung verbindlich um und entwickeln sie weiter. Wir überprüfen den Dekarbonisierungspfad der Fernwärmeversorgung unter Berücksichtigung der Kriterien einer konsequenten Emissionsminderung und Bezahlbarkeit. Dabei setzen wir auf erneuerbare Energien statt auf Kohle, Gas und Holz. Beim Umstieg auf erneuerbare Wärme unterstützen wir die Menschen. Auch bei der Stromversorgung setzen wir auf Erneuerbare. Strom-, Wärme- und Gasnetze sind kritische Infrastruktur, wir richten sie konsequent auf Klimaneutralität, Versorgungssicherheit und bezahlbare Preise aus. Ziel ist eine abgestimmte strategische Neuausrichtung der Zusammenarbeit der Energieunternehmen des Landes Berlin. Gleichzeitig darf auf dem Weg zur Klimaneutralität niemand zurückgelassen werden. Wir sorgen dafür, dass Wärme, Strom und Wohnen bezahlbar bleiben. Strom- und Gassperren wollen wir verhindern und prüfen, inwieweit wir einkommensschwache Haushalte mit einem Energiebonus unterstützen können.

Die Koalition entwickelt das Abfallwirtschaftskonzept mit dem Ziel einer Zero-Waste-Strategie weiter und treibt den Ausbau der Recyclinginfrastruktur voran. In diesem Kontext prüfen wir die Einführung einer Verpackungssteuer.

Mobilität

Wir treten an für ein neues Miteinander für mehr Gerechtigkeit in der Mobilität und treiben die Mobilitätswende konsequent voran. Alle Menschen sollen gut, sicher, barrierefrei und bezahlbar durch die Stadt kommen, ob jung oder alt, in der Innenstadt oder am Stadtrand. Jede:r soll die Möglichkeit haben, auch ohne eigenes Auto zuverlässig mobil zu sein. Dafür steht eine nachhaltige Verkehrspolitik, die auf einen zuverlässigen, leistungsfähigen und auskömmlich finanzierten öffentlichen Nahverkehr, verlässliche Infrastruktur, attraktive Wege für den Fußverkehr und eine faire Aufteilung des öffentlichen Raums setzt. Wir werden die Radinfrastruktur ausbauen, mit sicheren, gut ausgebauten, befahrbaren Radwegen mit guten Abstellmöglichkeiten und dabei auch innovative Mobilitätsformen einbeziehen.

Verkehrssicherheit, vor allem für unsere Schüler:innen, hat oberste Priorität. Unser Ziel ist Vision Zero. Wir wollen die Einrichtung von Schulstraßen in allen Bezirken erleichtern und Wohnstraßen vom Durchgangsverkehr entlasten.

Alle Berlinerinnen und Berliner sollen sich den öffentlichen Nahverkehr leisten können. Deshalb machen wir das Sozialticket günstiger und loten die Möglichkeiten einer Einbindung des Deutschlandtickets aus.

Bei der Verteilung knapper Haushaltsmittel hat der ÖPNV für uns Vorrang. Für mehr Kapazität und kürzere Wartezeiten schöpfen wir den Rahmenvertrag U-Bahn vollständig aus. Die Busflotte stellen wir schrittweise auf Elektroantrieb um. Busse und Straßenbahnen erhalten mehr eigene Spuren und Vorrang an Ampeln, damit sie nicht im Stau stehen.

Wir streben einen verlässlichen Takt in der ganzen Stadt an und haben dabei neue Wohngebiete und den Stadtrand besonders im Blick. Dafür werden wir die Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg und der DB AG (i2030) evaluieren und weiterentwickeln.

Wir setzen uns beim Bund dafür ein, den 17. Bauabschnitt der A100 nicht umzusetzen.

3. Wirtschafts- und Innovationsmetropole mit guten Arbeitsbedingungen

Linke, Grüne und SPD stehen ein für eine starke und leistungsfähige Berliner Wirtschaft, ein starkes Wirtschaftswachstum, die Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit unserer Stadt sowie eine aktiven Willkommenskultur für Unternehmensansiedlungen und eine überdurchschnittliche Gründungsdynamik. Mit einer verantwortungsvollen und vorausschauenden Wirtschaftspolitik positionieren wir Berlin weiter als führende Startup- und Gründungsmetropole auf dem Weg zum Innovationsstandort Nummer 1 in Europa. Wir geben der Berliner Wirtschaft Planungssicherheit – mit verlässlichen Rahmenbedingungen und klaren Zusagen über die gesamte Legislaturperiode. Dabei setzen wir einen klaren Schwerpunkt auf die Transformation zur klimaneutralen Stadt als echten Wirtschafts- und Innovationstreiber.

Die Koalition vereinbart für die gesamte Legislaturperiode einen verbindlichen Investitions- und Wachstumspakt zur nachhaltigen Stärkung des Wirtschaftsstandorts und zum Abbau der Arbeitslosigkeit. Der Pakt umfasst vier zentrale Säulen:

1. Die Neuauflage des Berliner Investitionsbonus zur Mobilisierung privater Investitionen, Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Sicherung von Arbeitsplätzen.

2. Ausbau der Venture-Capital-Finanzierung bei der IBB, insbesondere für die Skalierung innovativer Start-ups in der Wachstumsphase.

3. Eröffnung weiterer Berliner Auslandsbüros zur Erschließung neuer Märkte, Gewinnung internationaler Investitionen und Unterstützung der Internationalisierung der Berliner Wirtschaft.

4. Ein Sonderprogramm zum gezielten Abbau der Arbeitslosigkeit, insbesondere der Langzeit- und Jugendarbeitslosigkeit. Im Mittelpunkt stehen Qualifizierung, berufliche Weiterbildung, Vermittlung in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und die engere Zusammenarbeit mit Berliner Unternehmen.

Eine starke Wirtschaft und gute Arbeit gehören dabei für uns zusammen. Beschäftigte sollen von den Erfolgen der Unternehmen zuvorderst profitieren. Zur Stärkung des Berliner Arbeitsmarktes setzen wir die Ausbildungsplatzumlage um und treiben die Umsetzung der Berliner Fachkräftestrategie durch Aus- und Weiterbildung und Fachkräftezuwanderung voran.

Wir wollen die Tarifbindung in Berliner Unternehmen und bei den Trägern stärken. Öffentliche Unternehmen haben eine Vorbildfunktion – auch bei der Tarifbindung. Wir wollen den Arbeitsschutz, gerade in Zeiten des Klimawandels, stärken.

Wir stehen für eine aktive Industrie- und Dienstleistungspolitik und treiben eine forschungsgetriebene Reindustrialisierung Berlins voran. Wir unterstützen die lokale Wirtschaft durch stärkere Einbeziehung von Local-Content-Regeln und Möglichkeiten der Kreislaufwirtschaft.

Die größte produzierende Industrie Berlins ist die Kreativ- und Digitalwirtschaft. Wir werden daher die Unterstützungsstrukturen bündeln und strategisch ausbauen. Wir stärken kleine und mittlere Unternehmen bei der Digitalisierung unter anderem durch die Angebote der Digitalagentur Berlin.

Wir bauen auf der bisherigen Innovations- und Forschungspolitik auf, vertiefen die Zusammenarbeit mit Brandenburg und unterstützen mit den bestehenden Förderinstrumenten gezielt den Transfer von Ideen aus Hochschulen und Forschungseinrichtungen in die Wirtschaft, damit Berlin führender Standort für Deep Tech und wissensbasierte Gründungen bleibt. Berlin ist schon heute der Nr.-1-Standort für soziales Unternehmer:innentum. Deshalb werden wir die gemeinwohlorientierten Unternehmen weiter unterstützen.

Wir setzen uns dafür ein, das Studienangebot und die Personalausstattung der Hochschulen zu sichern. Den Sanierungsstau an den Hochschulen bauen wir ab. Dazu gründen wir in enger Abstimmung mit den Hochschulen die Hochschulbaugesellschaft. Wir wollen die Arbeitsbedingungen an den Hochschulen verbessern; dazu überarbeiten wir das Berliner Hochschulgesetz.

Studieren in Berlin muss allen offenstehen. Wir reformieren das Studium mit mehr Teilzeit-, berufsbegleitenden und hybriden Angeboten, einer geringeren Prüfungslast und gezielter Unterstützung für Studierende ohne akademischen

Familienhintergrund und mit Beeinträchtigungen. Das Studierendenwerk sichern wir finanziell ab.

Wir werden Berlin als führenden Standort der Gesundheitswirtschaft in Europa weiter stärken. Die Charité gehört zu den führenden Universitätskliniken Europas und ist Motor der Gesundheitswirtschaft. Wir stehen zum vorbildhaften Tarifvertrag Entlastung und unterstützen die Implementierung eines neuen Krankenhausinformationssystems (KIS).

Zur Sicherung bezahlbarer Gewerbemieten bringt Berlin eine neue Bundesratsinitiative zur Regulierung des Gewerbemietenmarktes ein. Indem wir unsere Flächen für produzierendes Gewerbe und Handwerk sichern, die Ansiedelung von Hochtechnologieunternehmen und Industrie unterstützen sowie unsere Zukunftsorte und Zentren weiterentwickeln, werden neue Produkte und die Arbeitsplätze der Zukunft in Berlin ermöglicht. Mit der Fortführung des ICC-Konzeptverfahrens entwickeln wir gemeinsam mit der Projektpartnerschaft das ICC zu einem Ort kreativwirtschaftlicher, kultureller und messe- und kongressbezogener Nutzung weiter.

Wirtschaftliche Entwicklung wird nur möglich sein, wenn wir unsere Freiheit, Weltoffenheit, Internationalität und Innovationskraft erhalten und Menschen aus allen Teilen der Welt hier ein sicheres, selbstbestimmtes Leben durch gute Arbeit und Teilhabe am technologischen und wirtschaftlichen Fortschritt ermöglichen. Dabei setzen wir auf eine aktive Internationalisierungsstrategie der Berliner Wirtschaft. Zur Verbesserung der Konnektivität am Flughafen BER fördern wir den Ausbau von weiteren Langstreckenverbindungen.

Die dauerhafte Sicherung unserer Unabhängigkeit werden wir nur durch die Steigerung technologischer Souveränität gewährleisten können. Den dafür notwendigen Ausbau resilienter Infrastrukturen werden wir weiter vorantreiben. Die internationale Stärke der Berliner Wirtschaft im Bereich der Hoch- und Resilienztechnologien (Drohnen, autonome Systeme, KI, Robotik, Photonik, Quanten, Luft- und Raumfahrt, Satelliten, Energie- und Speichertechnologien, Cybersicherheit etc.) wollen wir weiter unterstützen.

Wir kehren die Begründungspflicht um. Wo rechtlich möglich und sachlich vertretbar, entfallen Berichts- und Dokumentationspflichten grundsätzlich. Ihre

Beibehaltung muss ausdrücklich begründet werden. Wir führen einen Bürokratie-TÜV ein.

Wir verfolgen die Bewerbung um eine finanzierbare, nachhaltige Weltausstellung EXPO im Jahr 2035 weiter und sehen diese als Investitionsprogramm in eine leistungsfähige Infrastruktur, einen starken und modernen ÖPNV und in eine soziale, nachhaltige und wirtschaftliche Entwicklung für die Zukunft unserer Stadt.

4. Eine Stadt, in der Familien gerne leben

Berlin soll eine der familienfreundlichsten Städte Europas werden. Eine Stadt, in der Kinder gut aufwachsen, Eltern Beruf und Familie verbinden können und die Familien im Alltag den Rücken freihält, statt ihnen das Leben schwer zu machen. Familie verstehen wir vielfältig, Familienfreundlichkeit als Aufgabe der ganzen Stadt.

Dazu gehört eine verlässliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Kinder haben ein Recht auf gute frühkindliche Bildung und gleiche Chancen. Sinkende Kinderzahlen nutzen wir auch für die Sicherung von Qualität in den Kitas.

Wir entlasten Familien von unnötiger Bürokratie und unterstützen Alleinerziehende gezielt: mit dem bestehenden Landesprogramm, das wir weiterentwickeln, besserem Zugang zu bezahlbarem Wohnraum, gemeinschaftlichen Wohnformen, wirksamem Schutz vor Wohnungslosigkeit und flexibler Kinderbetreuung. Die Stadtplanung richten wir stärker an den Bedürfnissen von Menschen mit Sorgeverantwortung aus.

Unser Versprechen: Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Deshalb halten wir an der bestehenden Gebührenfreiheit von der Kita bis zur Hochschule fest und sichern das kostenlose Schulmittagessen, das kostenlose Schülerticket und die Lernmittelfreiheit an Grundschulen. Wir investieren in unsere Schulen, bauen Gemeinschaftsschulen aus und fördern jedes Kind nach seinen Fähigkeiten. Damit Kinder in der Grundschule in Ruhe lernen und spielen können, wollen wir grundsätzlich eine Grundschule ohne Handy. Die pädagogische Nutzung digitaler Medien erfolgt angeleitet durch Lehrkräfte und auf Basis eines schulischen Konzepts.

Schulen sind für uns Orte guter Bildung und guter Arbeit. Für das Wohlbefinden der Schüler:innen entwickeln wir Angebote der psychosoziale Unterstützung für Schüler:innen weiter. Wir streben an, das pädagogische Personal zu entlasten.

Wir entwickeln eine tragfähige Antidiskriminierungsstruktur für den gesamten Bildungsbereich. Wir wollen eine unabhängige Beschwerdestelle etablieren, um alle Mitglieder der Schulgemeinschaft wirksam vor Diskriminierung und Mobbing zu schützen. Wir stärken die schulische Inklusion. Geflüchtete Schüler:innen lernen künftig an regulären Schulstandorten, die separate Beschulung beenden wir so schnell wie möglich. Die Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr beenden wir. Schulen können weiterhin im Rahmen der Schulautonomie plurale Angebote der Demokratiebildung nutzen.

Alle Jugendlichen sollen die Schule mit einer klaren Perspektive verlassen. Dafür bauen wir die Berufsorientierung aus und stärken die berufliche Bildung.

Kinder und Jugendliche brauchen Orte, an denen sie spielen, Sport treiben, Freunde treffen und ihre Talente entdecken. Deshalb sichern wir gute und sichere Spielplätze, starke Sportvereine und Räume für Jugendliche wie die Jugendfreizeiteinrichtungen. Sie sind für uns schützenswerte Infrastruktur. Kinder- und Jugendbeteiligung stärken wir auf allen Ebenen.

Jugendliche brauchen Unterstützung, wenn es ihnen nicht gut geht. Wir stärken die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen mit niedrigschwelliger Beratung, die schnell und unkompliziert erreichbar ist. Jedes Kind hat ein Recht auf Kindheit. Deshalb setzen wir uns für umfassenden Kinderschutz ein, mit verbindlichen Schutzkonzepten in Kitas, Schulen, Jugendhilfe und Sportvereinen, auch gegen sexualisierte Gewalt.

Familien brauchen gute Angebote vor der Haustür. Wir wollen zeitnah mit einer ersten Kiezkantine starten. Ziel ist die wohnortnahe Versorgung der Berliner:innen mit bezahlbarem und gesundem Essen in öffentlich zugänglichen Begegnungsräumen.

Kinder und Jugendliche sollen Berlin als Kulturstadt erleben: mit mehr kultureller Bildung und Teilhabe. Wir führen die Kulturkarte für Jugendliche und den

kostenlosen Museumssonntag wieder ein. Der Zugang zu Kunst, Musik, Theater und Museen darf nicht vom Einkommen der Eltern abhängen.

Berlins Kunst- und Kulturlandschaft ist weltweit einmalig. Sie zieht Menschen aus aller Welt an, schafft Arbeit, ist für das Funktionieren der Gesellschaft unerlässlich, schafft einen wirtschaftlichen Mehrwert und ist heute wichtiger denn je: als Ort gelebter Demokratie, der Bildung und der Erinnerung. Ihre Stärke liegt im Zusammenspiel von renommierten Institutionen, Freier Szene und Kreativwirtschaft. Sie alle brauchen eine Politik, die Kunstfreiheit verteidigt, kulturelle Infrastruktur und Teilhabe sichert und verlässliche Förderbedingungen schafft.

Wer Kunst und Kultur produziert, präsentiert oder vermittelt, muss davon leben können. Verlorenes Vertrauen in die Kulturpolitik gewinnen wir mit Dialog, Transparenz und Planungssicherheit zurück. Dafür bringen wir ein Berliner Kulturfördergesetz auf den Weg. Die Verhandlungen für die Zusammenführung der Zentral- und Landesbibliothek am Alexanderplatz setzen wir fort. Das Arbeitsraumprogramm für Künstler:innen erhalten wir und prüfen seine Erweiterung.

Sport hält Berlin zusammen. Wir sichern die Sportförderung dauerhaft, vom Breitensport und der Vereinsarbeit an der Basis bis zum Spitzensport. Neben dem bewährten Vereinssport braucht es Raum für Menschen, die ungebunden Sport treiben wollen.

Berlin ist internationale Sportmetropole und holt Sportgroßereignisse in die Stadt, die nachhaltig sind und den Berliner:innen offenstehen.

Das Großprojekt Jahnsportpark setzen wir so um, dass alle drei Bauabschnitte möglich sind, um den Standort zu einem modernisierten, voll inklusiven Sport- und Begegnungszentrum von überregionaler Strahlkraft auszubauen.

Unser Ziel ist größer als einzelne Maßnahmen: Wir wollen, dass Familien in Berlin nicht nur ausreichend Platz zum Wohnen finden, sondern dass Berlin eine Stadt wird, in der Kinder die besten Chancen erhalten, Jugendliche gestärkt und Eltern im Alltag unterstützt werden. Eine Stadt, in der Familien gerne zuhause sind.

5. Ein Berlin, das sicher funktioniert

Berliner:innen haben Anspruch auf eine Stadt, die im Alltag funktioniert. In Marzahn wie in Mitte, mit kleinem wie mit großem Geldbeutel.

Saubere Parks und Plätze sind keine Kosmetik. Wer in einem vermüllten Kiez lebt, fühlt sich vom Staat vergessen. Wir wollen, dass Kinder auf sauberen Spielplätzen spielen können. Wo Sperrmüll auf der Straße liegt, viel Müll anfällt und viele Menschen auf engem Raum leben, verstärken wir den Einsatz der BSR, etwa mit kostenlosen Sperrmülltagen und Kiezläufer:innen. Einen Schwerpunkt legen wir auf die Reinigung von Grünflächen und Spielplätzen. Den Einstieg in eine kostenlose Sperrmüllabholung erproben wir in einem Pilotprojekt.

Wir stehen für eine Drogenpolitik, die Leben rettet, Elend beendet, Menschen Perspektiven eröffnet und den öffentlichen Raum für alle sicher macht. Dabei trennen wir klar: Suchtkranke Menschen bekommen Hilfe, Drogenhandel und Gewalt verfolgen wir konsequent. Dafür verbinden wir frühe Prävention mit zusätzlichen Konsumräumen und aufsuchender Sozialarbeit.

Die Sicherheit im öffentlichen Raum und im ÖPNV wollen wir durch mehr Sichtbarkeit von Personal stärken, gerade nachts. Unsere bürgernahe Polizei soll im Kiez zu Hause und für alle Bürger:innen ansprechbar sein. Sie schützt die Bürgerrechte und lässt sich in ihrem Handeln an ihnen messen. Wir wollen eine Polizei mit guten Arbeitsbedingungen, guter Ausstattung und weniger Überstunden. Daher werden wir für die Feuerwehr- und Polizeiwachen einen Modernisierungs- und Investitionsplan entwickeln und eine Entlastung von polizeifremden Aufgaben sicherstellen. Die laufende Ausbildungsoffensive setzen wir fort und halten an der bestehenden Personalstärke der Polizei fest. Wir wollen eine Polizei, die angemessen handelt und respektvoll behandelt wird, die präsent ist und mit Schulen, Sozialarbeit und Nachbarschaften zusammenarbeitet. Wir stärken das Vertrauen aller Communities in die Sicherheitsbehörden. Die Versammlungsfreiheit ist ein hohes Gut, deshalb halten wir an der Berliner Deeskalationsstrategie fest. Wir werden die bestehenden Messer- und Waffenverbotszonen und Videoüberwachung im Jahr 2028 unter Einbeziehung der Polizei evaluieren.

Wir setzen die Istanbul-Konvention und das Gewalthilfegesetz zum Schutz vor Gewalt gegen Frauen um. Wir wollen eine gute Infrastruktur an Schutzplätzen und Beratung für Betroffene von Gewalt.

Der Anschlag auf den CSD hat gezeigt, wie wichtig die Bekämpfung von Extremismus ist, daher setzen wir hierauf beim Landeskriminalamt einen Schwerpunkt. Organisierte Kriminalität und Wirtschaftskriminalität treffen wir dort, wo es wehtut: beim Geld. Vermögen aus Straftaten schöpfen wir konsequent ab, Geldwäsche, Steuerhinterziehung, illegale Beschäftigung und Korruption verfolgen wir gezielt. Der Verfassungsschutz bleibt in seiner jetzigen Form erhalten und wir stärken die Transparenz und parlamentarische Kontrolle.

Berlin soll eine resiliente Stadt werden, die auf Stromausfälle, Extremwetter und andere Krisen vorbereitet ist. Dafür stärken wir den Bevölkerungs- und Katastrophenschutz schrittweise, bauen die Katastrophenschutzleuchttürme in den Bezirken aus und verbessern die Warnung sowie die aufsuchende Unterstützung der Bevölkerung im Katastrophenfall. Wir wollen einen Landessicherheitsrat für koordinierten Katastrophenschutz. Das Ehrenamt bei Freiwilligen Feuerwehren und Hilfsorganisationen sowie Wohlfahrtsverbänden unterstützen wir, die Ausbildungsoffensive der Berliner Feuerwehr setzen wir fort.

Eine gut funktionierende Verwaltung ist Voraussetzung für das Gelingen unserer Vorhaben und stärkt das Vertrauen in den demokratischen Rechtsstaat. Ob eine Stadt funktioniert, zeigt sich vor allem im direkten Kontakt mit der Verwaltung. Wir denken sie deshalb zeitgemäß und von den Bürger:innen, den Unternehmen und der Zivilgesellschaft her. Wer etwas vom Amt braucht, hat Anspruch darauf, dass Leistungen des Staates schnell und unkompliziert zugänglich sind. Daten sollen nur einmal angegeben werden müssen, Leistungen nach Lebenslagen digital erreichbar sein, persönliche Beratung vor Ort bleibt möglich.

Die Verwaltungsreform setzen wir auf dem Erreichten aufbauend gemeinsam mit den Bezirken um und steuern sie professionell: klare Zuständigkeiten, eine gesamtstädtische Steuerung durch den Senat und handlungsfähige, verlässlich finanzierte Bezirke. Dazu gehört eine moderne Verwaltungskultur, die das Wissen und die Ideen der Beschäftigten einbezieht. Die Potenziale künstlicher Intelligenz machen wir durch eine KI-Offensive in der nächsten Legislaturperiode

für die Beschäftigten nutzbar. Berlin braucht eine Verwaltung, die schnell entscheidet und für die Menschen da ist.

Der Angriff auf das Berliner Landesnetz hat gezeigt, dass die IT-Sicherheit des Landes Vorrang braucht und stärker zentral gesteuert werden muss. Wir prüfen nach dem Angriff mit seinen verheerenden Folgen eine Notlagenerklärung für die IT-Infrastruktur, um notwendige Investitionen finanzieren zu können. Der Schutz der Daten von Bürger:innen, Beschäftigten und Unternehmen, einschließlich der Landesunternehmen, hat für uns Priorität. Mit einem Sofortprogramm führen wir eine verpflichtende Angriffserkennung für alle Dienststellen ein, stärken die Landesinformationssicherheit personell und geben dem Chief Information Security Officer (CISO) ein wirksames Weisungsrecht.

Die vielfältige IT-Landschaft Berlins führen wir zusammen, standardisieren sie und segmentieren die Serverinfrastruktur. Fachverfahren anderer Länder und Kommunen nutzen wir nach dem Prinzip „Einer für Alle“ nach, statt sie neu zu entwickeln. Angesichts der strukturellen Herausforderungen des ITDZ und möglicher Skaleneffekte prüfen wir, ob andere Anbieter der Deutschen Verwaltungscloud einzelne Leistungen sicherer und wirtschaftlicher erbringen können.

Die Investitionen der kommenden Jahre bringen wir sichtbar auf die Straße und halten die Belastungen dabei klein. Dafür koordinieren wir die Baustellen der landeseigenen Unternehmen stadtweit aus einer Hand, nutzen digitale Zwillinge und informieren Anwohnende frühzeitig. Die Bezirke unterstützen wir bei der Kontrolle privater Baustellen durch digitale Verfahren und eine bessere Koordinierung.

Wir setzen uns für eine gut erreichbare Gesundheitsversorgung für alle ein. Wir wollen die Berliner Krankenhauslandschaft mit Charité und Vivantes sowie den weiteren Trägern zukunftsfähig gestalten. Dabei setzen wir auf gute Arbeitsbedingungen und Entlastung für die Beschäftigten. Wir werden gemeinsam mit der Charité eine moderne Kinderklinik bauen. Wir setzen uns für eine gerechtere Verteilung von Arzt- und Therapieplätzen ein und setzen auf den Ausbau multiprofessioneller Gesundheitszentren. Den öffentlichen Gesundheitsdienst stärken wir als Rückgrat von Prävention und Gesundheitsschutz in den Bezirken. Wir setzen uns für die Stärkung der

häuslichen Pflege ein. Die psychosoziale Notfallversorgung bauen wir so aus, dass Menschen in psychischen Krisen rund um die Uhr Hilfe finden. Berlin soll zum Weltzentrum für Frauengesundheit werden – in der Forschung, in der Entwicklung von Therapien und Produkten, in der Anwendung medizinischer Innovationen und in der besten Versorgung für Frauen. Forschung und Versorgung für Betroffene von ME/CFS, Long COVID und Post-Vac werden wir verbessern.

6. Willkommensstadt und Ort des gesellschaftlichen Zusammenhalts

Wir wollen ein Berlin, in dem alle Menschen frei und sicher leben können, unabhängig von ihrer Herkunft, ihrer Religion, ihrem Geschlecht, ihrer sexuellen Identität oder wie lange sie schon in Berlin leben – sichtbar und selbstbestimmt. Wir schützen Menschen, stärken ihre Rechte und schaffen Räume der Begegnung. Alleinerziehende, Migrant:innen und Menschen mit Migrationsgeschichte, Menschen mit Behinderungen und erwerbslose Menschen sind auf dem Arbeitsmarkt wie auch auf dem Wohnungsmarkt strukturell benachteiligt. Wir werden diese strukturelle soziale Benachteiligung vehement bekämpfen, indem wir Berlin bezahlbarer für alle machen.

Die unterschiedlichen Erfahrungen, politischen Haltungen und Lebensentwürfe der Berlinerinnen und Berliner gehören zu unserer Stadt. Wir stehen für gleiche Teilhabe, friedlich und demokratisch ausgetragene Konflikte, Demokratie und Menschenrechte sowie Meinungs-, Kunst- und Wissenschaftsfreiheit. Antisemitismus, Antiziganismus, Antimuslimischem Rassismus, Anti-Schwarzem Rassismus und jeder anderen Form von Rassismus sowie gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wie Queerfeindlichkeit treten wir entgegen.

Der Krieg und die Gewalt im Nahen Osten wirken auch hier in Berlin. Viele Menschen aus den palästinensischen und israelischen Communities haben Angst um Angehörige, um ihre eigene Sicherheit und um ihre Zukunft. Debatten sind schärfer geworden, Misstrauen ist gewachsen. Zu oft haben Ausgrenzung und Einschüchterung das Gespräch verdrängt. Wir wollen das ändern: Wir schützen Betroffene und schaffen Raum für Zuhören und Dialog. Für das friedliche Zusammenleben in Berlin ist klar, dass wir uns mit aller Kraft gegen

Antisemitismus stellen. Auch Palästinenser:innen erfahren Rassismus in Berlin, den wir bekämpfen.

In Zeiten zunehmender sozialer Spaltung und rechter Hetze stellen wir uns der Verantwortung, den gesellschaftlichen Zusammenhalt aktiv zu stärken. Unser Ziel ist ein Berlin, in dem alle Menschen – unabhängig von ihrer Herkunft, rassistischer oder antisemitischer Zuschreibung, Pass, Geschlecht, geschlechtlicher Identität, sexueller Identität, Behinderung, chronischer Erkrankung, Neurodivergenz, gesprochener Sprache, Lebensalter oder sozialem Status – mit gleichen Rechten in Würde, Sicherheit und Freiheit leben können. **Soziale Sicherheit, Schutz vor Diskriminierung und gerechte Teilhabe** sind dabei das unverzichtbare Fundament unserer Demokratie und des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Kampf gegen Diskriminierung

Diskriminierungsfreiheit ist für uns eine zwingende Querschnittsaufgabe für alle politischen und gesellschaftlichen Handlungsfelder. Um dies zu gewährleisten, werden wir alle Gesetze und Verordnungen einem Antidiskriminierungscheck unterziehen und bestehende Schutzlücken schließen. Das Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) werden wir reformieren und das Diversity-Landesprogramm weiterentwickeln. Wir stärken die Ansprechpersonen für marginalisierte Gruppen und entwickeln sie gemeinsam weiter. Wir entwickeln ressortübergreifende Handlungsstrategien gegen Anti-Schwarzen Rassismus im Sinne der UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft.

Gleichzeitig stärken wir mit einem Landesdemokratiefördergesetz die Antidiskriminierungsarbeit, Empowerment, Monitoring und Dokumentation der Zivilgesellschaft. Wir wollen die völkerrechtlichen Verpflichtungen für marginalisierte Gruppen auf Landesebene so weit wie möglich umsetzen. Wir verfolgen eine Politik, die strukturelle Hürden und Mehrfachdiskriminierungen abbaut und echte Chancengleichheit in allen Lebensbereichen herstellt. Ein Kernanliegen ist die Lohngerechtigkeit: Wir bekämpfen den Gender-Pay-Gap aktiv und setzen uns ressortübergreifend für gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit ein. Um die gleichberechtigte politische Repräsentation aller Geschlechter zu garantieren, bringen wir ein rechtssicheres Paritätsgesetz für das Berliner Abgeordnetenhaus auf den Weg. Wir setzen uns für eine übergreifende

Gleichstellungsstrategie ein, die die Lebens- und Alltagswirklichkeit von Frauen verbessert. Zudem bekennen wir uns klar zu unserem Profil als Regenbogenhauptstadt und werden queere Infrastrukturen, sichere Räume sowie die Präventionsarbeit gegen Queerfeindlichkeit und die entsprechenden Aktionspläne sichern und weiterentwickeln.

Teilhabe und Antidiskriminierung

Teilhabe darf in Berlin niemals eine Frage des Passes sein. Wir stehen fest für eine solidarische Migrationsgesellschaft. Wir setzen uns nachdrücklich für die Einführung des aktiven und passiven Wahlrechts auf kommunaler und Landesebene im Rahmen unserer Kompetenzen für alle Menschen nach fünf Jahren Aufenthalt in Deutschland ein. Ebenso bekennen wir uns zu Berlin als sicherem Hafen. Wir werden Landesaufnahmeprogramme aufsetzen sowie ausgelaufene Aufnahmeprogramme wieder auflegen, die es Menschen in Not ermöglichen, sicher nach Berlin einzureisen, insbesondere für Kinder und ihre Familien und andere vulnerable Gruppen aus Kriegs- und Krisengebieten.

Die Koalition wird aufenthaltsrechtliche Möglichkeiten für Legalisierung, Erteilung und Verlängerung von Aufenthaltsrechten nach humanitären Gesichtspunkten voll ausschöpfen und sich in diesem Sinne auf Bundesebene einsetzen. Die Bezahlkarte in der jetzigen Form schaffen wir ab und werden sie zu einem Basiskonto weiterentwickeln. Migrantische Teilhabe stärken wir, etwa durch die Einführung einer City-ID und die Stärkung der Beiräte im Partizipationsgesetz.

Die konsequente Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ist für uns nicht verhandelbar: Inklusive Kinder- und Jugendhilfe und inklusive Bildung für alle Kinder haben absoluten Vorrang vor separierenden Sondersystemen.

Das Land Berlin wird im Bundesrat eine Initiative zur Einleitung eines Parteiverbotsverfahrens gegen die AfD gemäß Art. 21 Abs. 4 GG ergreifen und sich hierfür um eine Mehrheit der Länder bemühen.

7. Solide Finanzen und Zukunftsinvestitionen

Wir werden die soziale und nachhaltige Stadt sichern und Zukunftsinvestitionen ermöglichen. Der Haushalt befindet sich zugleich in einer Schieflage, die wir beheben müssen. Das erfordert eine Konsolidierungsstrategie. Hier sehen wir einen initialen Handlungsbedarf ebenso wie die Notwendigkeit eines mittelfristigen Anpassungspfads für die gesamte Legislaturperiode. Ziel ist dabei, kurzfristige Einschnitte in die Substanz zu vermeiden.

Wir werden im gesamten Haushalt Möglichkeiten der Effektivierung, der Erhöhung der Einnahmen und der Haushaltsentlastung mobilisieren – kurz- und mittelfristig.

Um die Handlungsfähigkeit zu sichern, will die Koalition die Tragfähigkeit des Haushalts insbesondere unter Berücksichtigung der Zinsbelastung sicherstellen.

Die Parteien einigen sich in den Verhandlungen auf einen Ausgabepfad bis 2031, der diese Ziele widerspiegelt.

Bestandteile eines Anpassungspfades sind ein Ausgabendeckel, die Erhöhung der Einnahmen, die Verlagerung von Investitionsfinanzierung, das Nutzen von Kreditspielräumen sowie Ausgabepriorisierung. In den weiteren Verhandlungen werden wir diesen Anpassungspfad weiterentwickeln müssen, das gilt auch für die nächsten fünf Jahre entsprechend der weiteren Wirtschafts- und Haushaltsentwicklung. Dieser Anpassungspfad muss auch vor dem Hintergrund möglicher Verfahren des Stabilitätsrates beschrieben werden.

Vieles muss schnell angegangen werden, um mittelfristig wirken zu können. Wir wissen, dass in dieser schwierigen Haushaltslage Dialog besonders wichtig ist.

In der Haushaltswirtschaft für das Jahr 2027 sehen wir ein Potenzial für Haushaltsentlastungen von 900 Mio. € sowie von 500 Mio. € strukturell ab 2028. Die Haushaltsjahresabschlüsse werden wenn nötig mit Hilfe von Nachtragshaushalten insbesondere zur Stärkung der Rücklagen und der Nutzung von Kreditspielräumen gesichert.

Der Spielraum für gemeinsame Projekte, die mit zusätzlichen Ausgaben verbunden sind, steht in Abhängigkeit vom Konsolidierungspfad und wird eng

begrenzt sein. Darüber hinaus sind durch die Koalition gewünschte Mehrbedarfe durch Umschichtungen zu finanzieren.

Dieser vereinbarte Finanzrahmen ist sowohl für die Haushaltsplanaufstellungen als auch für die parlamentarischen Haushaltsberatungen maßgebend.

Teil der Strategie ist eine Anpassungsverabredung, wenn sich die haushaltspolitischen Rahmenbedingungen substanziell ändern.

Die Ressorts erhalten ein Budget im Rahmen des Ausgabepfades. Bei der Bestimmung der Budgets werden bereits verabredete gemeinsame Schwerpunkte, relevante absehbare Risiken und übergreifende fachliche sowie politische Vorgaben berücksichtigt. Bei der Haushaltsaufstellung sowie der Bewirtschaftung sind weitere inhaltliche Schwerpunkte der Koalition und sonstige Erfordernisse innerhalb dieser Budgets abzubilden.

Für die Umsetzung unserer Strategie der verlässlichen Sicherung der sozialen Stadt, des langfristig tragfähigen Haushalts und der Handlungsfähigkeit verabredet die Koalition in den Haushaltsgesetzen Regeln, die den Haushaltsrahmen und die Bindung der Verwaltung an den gedeckelten Ausgabepfad sichern. Dies betrifft etwa die Deckungsfähigkeit und die Sicherung unerwarteter Mehreinnahmen und Minderausgaben in der Haushaltswirtschaft.

Die Koalition strebt eine Verabredung mit den sozialen Trägern über die Sicherung von sozialer Infrastruktur an. Diese Verabredung soll insbesondere Regelungen zur Begrenzung der Ausgabeentwicklung, Planungssicherheit, Standards sowie Entbürokratisierung beinhalten (Pakt mit den sozialen Trägern).

Zur Entlastung des Kernhaushaltes und zur Sicherung eines hohen Investitionsniveaus wird die Koalition unterschiedliche Instrumente prüfen und nutzbar machen. Wir wollen weiter Investitionen mit Hilfe von Landesunternehmen tätigen und Transaktionskredite und Abfinanzierungsmodelle nutzen.

Die Koalition einigt sich, Verabredungen über Mehreinnahmen i.H.v. mindestens 400 Mio. € p.a. insbesondere durch Steuer- und Gebührenerhöhungen zu treffen.

Rahmenbedingungen Bund

Wir setzen uns im Bund aktiv für eine Wiedereinführung der Vermögensteuer und eine Reform der Erbschaftsteuer ein. Auch die Abschaffung der Schuldenbremse als Investitionshemmnis in ihrer jetzigen Form ist unser Ziel.

Wir sind für eine faire Finanzierung durch den Bund.

Berliner Erklärungen

Die Vereinbarungen zwischen Linke, Grüne und SPD zum Kampf gegen Antisemitismus und Organisierte Kriminalität („Berliner Vereinbarung zum Start der Sondierungen zwischen Die Linke Berlin, Bündnis 90/Die Grünen Berlin und SPD Berlin“) vom 8.10.2026 haben für uns Bestand. Sie sind Teil des Sondierungsergebnisses und sie werden in den anschließenden Koalitionsvertrag integriert – der inhaltliche Teil im jeweiligen Fachkapitel sowie der Mechanismus in der Passage zur Zusammenarbeit der Koalitionsfraktionen und -parteien.

Anlagen:

- Berliner Vereinbarungen zum Start der Sondierungen zwischen Die Linke Berlin, Bündnis 90/Die Grünen Berlin und SPD Berlin
- Vereinbarung zur Organisierten Kriminalität zwischen Die Linke Berlin, Bündnis 90/Die Grünen Berlin und SPD Berlin

Anlage 1

Berliner Vereinbarung zum Start der Sondierungen zwischen Die Linke Berlin, Bündnis 90/Die Grünen Berlin und SPD Berlin

1. Berlin gemeinsam

Wir wollen eine Stadt, in der alle Menschen sicher leben und ihren Glauben und ihre Zugehörigkeit offen zeigen können. Aufgrund unserer Geschichte tragen wir eine besondere Verantwortung zum Schutz jüdischen Lebens in Deutschland. Wir schützen jüdisches Leben, stärken das Miteinander und setzen uns für Frieden und Verständigung ein. Berlin braucht eine Politik, die unsere Stadt wieder zusammenführt. Die Mitglieder des Senats sowie die Mandats- und Funktionsträger:innen unserer Fraktionen und Parteien tragen dafür eine besondere Verantwortung. Sie stehen für eine Stadt, in der Gewalt und Terror weder verherrlicht noch relativiert werden, in der das Existenzrecht Israels nicht in Frage gestellt wird und in der jegliche Form von Antisemitismus keinen Platz hat. Alle, die für uns Verantwortung übernehmen, garantieren das – sowohl im Abgeordnetenhaus als auch im Senat.

2. Erinnerung wachhalten

Berlin übernimmt Verantwortung für die von Deutschland begangene Verfolgung, Entrechtung und Ermordung von sechs Millionen europäischen Jüdinnen und Juden in der Shoah. Wir halten die Erinnerung daran wach, machen jüdische Berliner Lebensgeschichten in Gedenkstätten, Bildungsorten und den Kiezen sichtbar und bewahren sie für kommende Generationen.

3. Jüdisches Leben in der Gegenwart stärken

In Berlin müssen Jüdinnen und Juden ihre Religion, Sprache und Zugehörigkeit sicher, sichtbar und selbstbestimmt leben können. Wir stärken und schützen Einrichtungen, fördern jüdische Gemeinden, Initiativen, Kultur, Wissenschaft und religiöse Praxis. Jüdische Räume, Schulen und Kitas, Gemeinderäume, Kulturzentren und Begegnungsorte sollen verlässlich unterstützt werden. Wir machen jüdische Orte und Feste im Alltag und im öffentlichen Stadtraum sichtbar und berücksichtigen jüdische Feiertage und Veranstaltungen in öffentlichen Einrichtungen. Jüdische Menschen müssen sich genauso selbstverständlich überall im öffentlichen Raum bewegen können wie alle anderen auch.
Wir stellen uns gegen ein Klima, in dem Menschen aufgrund ihrer tatsächlichen oder zugeschriebenen politischen Haltung oder Herkunft ausgegrenzt werden. Einlassverbote, Ausladungen oder Parolen wie „No Zionists welcome“ an Bars, Clubs und anderen öffentlichen Orten sind

inakzeptabel. Sie stigmatisieren Menschen als unerwünscht, erzeugen Einschüchterung und tragen zur Spaltung bei.
Wir stärken außerdem den internationalen Austausch sowie die Förderung jüdischer und israelischer Studierender und Kulturschaffender. Bestehende wissenschaftliche Kooperationen zwischen Berliner und israelischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen werden von uns fortgeführt.

4. Antisemitismus bekämpfen

Wir treten Gewalt, Hetze, Verschwörungserzählungen sowie der Leugnung und Relativierung der Shoah entschieden entgegen. Israelbezogenen Antisemitismus benennen wir klar. Generelle Boykott- und undifferenzierte Sanktionsaufrufe gegen Israel, israelische Institutionen oder Personen allein aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit, Herkunft oder Zugehörigkeit, wie die BDS-Kampagne, lehnen wir ab.
Wir stärken die Polizei und den Verfassungsschutz in ihrem Auftrag, jüdisches Leben in Berlin zu schützen. Sie erhalten die erforderliche Ausstattung und Fachkompetenz, um antisemitische Straftaten und Gefährdungen frühzeitig zu erkennen und zu bekämpfen. Den physischen Schutz jüdischer Einrichtungen und Gemeinden gewährleisten wir verlässlich und dauerhaft auf hohem Niveau. Die bestehenden Schutzmaßnahmen überprüfen wir kontinuierlich auf Grundlage der jeweiligen Gefährdungslage und verstärken sie, wo erforderlich, personell, technisch und baulich, damit Jüdinnen und Juden in Berlin sicher leben können.

5. Das Existenzrecht Israels

ist für uns unverhandelbar. Das Massaker der Hamas und anderer terroristischer Gruppen vom 7. Oktober 2023 verurteilen wir unmissverständlich. Bis heute leiden Menschen sowohl in Israel als auch ihre Angehörigen in Berlin unter der Angst vor Angriffen. Auch berechtigte Kritik an Handlungen der israelischen Regierung gegenüber der palästinensischen Bevölkerung rechtfertigt keine antisemitischen Handlungen.
Wir stehen für eine Zwei-Staaten-Lösung, die sowohl Israels Sicherheit als auch die Selbstbestimmung der palästinensischen Bevölkerung ermöglicht. Verstöße gegen das Völkerrecht und die Menschenrechte benennen wir klar. Wir sehen das Leid, die Not und die Zerstörung, denen die palästinensische Zivilbevölkerung in Gaza und der West Bank ausgesetzt ist. Auch in Berlin prägen die Angst um Angehörige und verhärtete Debatten das Zusammenleben.

6. Verantwortung verbindlich machen

Wir stärken Prävention, Bildung, Beratung, Dokumentation und Strafverfolgung. Jüdische Selbstorganisationen und Begegnungsprojekte fördern wir dauerhaft. Die Antisemitismusprävention stärken wir in Schulen, in der Lehrkräftefortbildung und in der Jugendarbeit. Berliner Gedenkorte und Erinnerungsprojekte finanzieren wir dauerhaft. Wir bauen Beratungs-, Aufklärungs- und Meldestrukturen aus, damit Betroffene Unterstützung erhalten, antisemitische Vorfälle sichtbar werden und wir ihnen wirksam begegnen können.
Wir stellen Schutzkonzepte an allen Berliner Hochschulen und Beratung für jüdische Studierende sicher. Wir erwarten, dass sie das Hausrecht konsequent anwenden und wahren dabei die Wissenschaftsfreiheit. Die im Berliner Landeskonzept zur Weiterentwicklung der Antisemitismusprävention festgelegte Arbeitsgrundlage behält ihre Gültigkeit. Sie bleibt Maßstab für das Verwaltungshandeln und ist im Einzelfall grundrechts- und kontextsensibel anzuwenden.
Außenpolitik ist Sache des Bundes. Die Parteien verständigen sich deshalb darauf, dass im Abgeordnetenhaus nur Fragen verhandelt werden, die Berlin unmittelbar betreffen. Städtepartnerschaften dienen dem Austausch der Zivilgesellschaft, der Kultur, der Wissenschaft, der Jugend und den Kommunen – gerade dann, wenn politische Konflikte Verständigung besonders nötig machen. Die Städtepartnerschaft Berlin–Tel Aviv-Yafo bauen wir aus; weitere Städtepartnerschaften werden wir prüfen. Unsere Sicherheitsbehörden werden illegale Finanzierung extremistischer und antisemitischer Strukturen auch weiterhin mit aller Härte bekämpfen.

7. Gemeinsame Verantwortung

Für die oben aufgeführten gemeinsamen Grundsätze stehen wir als Parteien und Fraktionen ein. Bei Verstößen gegen diese Grundsätze beschließen die Fraktionen jeweils eigene Verfahren. Die Regularien der drei Parteien und Fraktionen sehen entsprechende Konsequenzen bis hin zum Ausschluss von Mitgliedern vor. In solchen Fällen informiert die betroffene Fraktion die Koalitionspartner. Über die Konsequenzen entscheidet sie in eigener Verantwortung und kommuniziert ihre Entscheidung transparent.
Antisemitische Vorfälle in den Reihen der Koalitionsfraktionen bearbeiten wir gemeinsam. Auf Wunsch von mindestens einer/einem der PGF der die Regierung tragenden Fraktionen, berufen die drei PGF für eine fachliche Einordnung des Vorfalls ein Gremium aus drei Expert:innen mit besonderer Kompetenz aus der Berliner Stadtgesellschaft ein. Dieses bewertet den Vorfall. Die drei Expert:innen werden vor Beschluss des Koalitionsvertrags konsensual benannt. Auf Grundlage dieser Bewertung entscheidet die betroffene Fraktion gemäß ihrer Satzung über Konsequenzen bis hin zum Ausschluss.
Wir fördern nur Veranstaltungen, Organisationen und Kooperationen, die Verständigung und friedliches Zusammenleben stärken. Eine Zusammenarbeit mit Organisationen und Akteure, die Antisemitismus verbreiten, Gewalt verherrlichen oder die Gewaltspirale weiter antreiben,

schließen wir hingegen entschieden aus. Das gilt auch für gemeinsame öffentliche Auftritte.

8. Berlin zusammenführen

Berlin ist Stadt der Vielfalt. Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religionen, Kulturen und Lebensweisen prägen unsere Stadt. Hier leben die meisten Jüdinnen und Juden Deutschlands; Berlin ist Heimat der größten jüdischen Gemeinde des Landes und der größten palästinensischen Community Europas. Jüdisches, muslimisches und palästinensisches Leben sind selbstverständlicher Teil Berlins.
Wir stehen im regelmäßigen Austausch mit jüdischen und muslimischen Organisationen und nehmen ihre Erwartungen und Perspektiven ernst. Auch bei ungelösten Konflikten der Gegenwart wollen wir Vertrauen schaffen, die Erinnerung wachhalten und eine gemeinsame Zukunft gestalten.
Wir streben an, die Berliner Verfassung, orientiert an dem Beispiel Brandenburgs, zu erweitern und den Schutz vor Antisemitismus, Antiziganismus, Rassismus und anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit aufzunehmen. Dazu werden wir dem Abgeordnetenhaus einen Vorschlag vorlegen.

Berlin, 8. Oktober 2026

Anlage 2

Vereinbarung zur Organisierten Kriminalität zwischen Die Linke Berlin, Bündnis 90/Die Grünen Berlin und SPD Berlin

Wir stehen für eine sichere Stadt und einen starken demokratischen Rechtsstaat. Mitglieder des Senats, Mandatsträger:innen der Fraktionen und unsere Parteien wahren eine klare Distanz zu Personen und Personenkreisen, die der organisierten Kriminalität zugerechnet werden. Bereits die pro aktive Kontaktaufnahme oder -erwiderung mit einzelnen Personen stellt einen schwerwiegenden Verstoß gegen unsere Grundsätze dar. Maßgeblich sind konkrete Erkenntnisse. Belastbare Hinweise auf entsprechende Verbindungen werden jeweils konsequent aufgeklärt. Bei Verstößen informieren wir die Koalitionspartner und ziehen nach unseren jeweiligen Regularien Konsequenzen bis zum Fraktions- und auch Parteiausschluss. Unsere Entscheidungen kommunizieren wir transparent.

Berlin, 8. Oktober 2026